

Welche Sprachen spricht das Parlament?

Die **Debatten im dreisprachigen Bündner Parlament** sollen in absehbarer Zeit **simultan übersetzt** werden. Über die Ausgestaltung und die Kosten berät ab nächster Woche eine **grossrätliche Kommission**.

► PESCHE LEBRUMENT

G

Graubünden spricht viele Sprachen. Da sind die internationalen Feriengäste, da sind die ausländischen Arbeitskräfte im Grenzkanton und da sind gleich drei Amtssprachen, eine Einzigartigkeit unter den mehrsprachigen Kantonen. Rund 64 Prozent der Bündner Bevölkerung spricht Deutsch, 13 Prozent unterhalten sich in Rätoromanisch und elf Prozent in Italienisch. Ein ähnliches Abbild zeigt sich auch im Grossen Rat. Deutsch ist die mit Abstand am meisten gesprochene Sprache.

Der deutschsprachige Grossrat Tobias Rettich regte im vergangenen Jahr an, die Sitzungen simultan übersetzen zu lassen. Seit seiner Wahl 2018 sei ihm aufgefallen, dass die zahlreichen romanischen und italienischsprechenden Vertreter vor allem auf Deutsch ihre Anliegen vortragen würden. Manchmal würden sie sich zwar in ihrer Muttersprache äussern, aber kaum, wenn es um wichtige Angelegenheiten ginge. In Deutsch könne man sich bei den mehrheitlich deutschsprachigen Grossrätinnen und Grossräten besser Gehör verschaffen, da viele dieser Ratsmitglieder ein komplexes italienisches oder romantisches Votum zu einer Sachvorlage nur in Teilen verstehen könnten, sagt Rettich. Dabei gehe aber die Authentizität verloren, «das Feuer», das man in seiner eigenen Muttersprache entfachen könne. Mit der Einführung von Simultanübersetzungen würde der Rat nicht nur eine Vorbildfunktion in der ganzen Sprachfrage einnehmen, sondern auch ein politisches Zeichen setzen.

Bereits hat sich die Bündner Regierung vor wenigen Monaten zum Vorstoss geäussert. Grundsätzlich könne sich jedes Ratsmitglied in der



Der 28-jährige **Grossrat Tobias Rettich** (Kreis Fünf Dörfer) möchte den Minderheitssprachen im Bündner Parlament mehr Gehör verschaffen. (FOTO OLIVIA AEBLI-ITEM)

Amtssprache seiner Wahl äussern. Die heutige Praxis stosse nicht zuletzt auf grosse Akzeptanz, «weil Konsens darüber besteht, dass es Bereiche gibt, wo die beschränkten staatlichen Mittel unter dem Gesichtspunkt der Sprachenförderung wirksamer eingesetzt werden können». Die Regierung rechnet nämlich mit einmaligen Kosten von mehreren Hunderttausend Franken für den Einbau von Übersetzerkabinen und elektronischen Anlagen. Dazu kämen jährliche Kosten für die Dolmetscher während der insgesamt 16 Sessionstage des Parlamentes im Umfang von rund 288 000 Franken.

Die ablehnende Haltung der Regierung ärgert Rettich. Graubünden sei landesweit der einzige mehrsprachige Kanton ohne Simultanübersetzungen. Der Grossrat verweist dabei auf Freiburg, Bern oder das Wallis, welche die Debatten des Kantonsparlamentes simultan übersetzen. Natürlich koste die gelebte Mehrsprachigkeit etwas, doch die Berechnungen der Regierung seien

viel zu hoch angesetzt, es gäbe günstigere Möglichkeiten. Zudem komme das Geld für den Betrieb des Grossen Rats nicht aus demselben Topf wie das Geld für Sprachförderung. Verschiedene Varianten auszuarbeiten, ist nun die Aufgabe einer elfköpfigen Kommission, die in einer Woche gewählt wird. Voraussichtlich bis Ende Jahr werden Vorschläge für Umsetzung vorliegen. Das letzte Wort wird schliesslich der Grosse Rat haben.

Heute eine Diskriminierung?

Die Idee von Simultanübersetzungen ist nicht neu. Vor rund 30 Jahren wurde im Bündner Parlament über einen ähnlichen Vorstoss diskutiert, das Anliegen wurde schlussendlich zurückgezogen. Für Grossrat Rettich ist es nun höchste Zeit, dies endlich einzuführen, denn das heutige System stelle eine Diskriminierung der Minderheitssprachen dar. Ein Grossratskandidat, der sich in einem Minderheitsgebiet zur Wahl stelle, müsse sich heute die Frage stellen, ob er überhaupt über

genügend Deutschkenntnisse verfüge, um sich im Grossen Rat ausdrücken zu können.

Seine eigenen Italienischkenntnisse stuft Rettich auf Anfrage übrigens als «in Ordnung, aber ausbaufähig ein», er würde es allerdings nicht wagen, eine Rede auf Italienisch im Parlament zu halten. Durch seine romanischsprachige Partnerin habe er ein besonderes Verständnis für die Anliegen der italo-romanischen und romanischsprachigen Bündnerinnen und Bündner entwickelt. So besucht er ab dieser Woche einen Romanischkurs. Wäre es denn auch eine Variante, wenn man den Grossräten anstelle der Simultanübersetzungen Abendkurse in den jeweiligen Kantonssprachen offerieren würde, möchte der Schreibende wissen. Rettich vermutet, dass diese Kurse wohl nicht besonders eifrig besucht würden, da die Parlamentarier ausserhalb der Sessionen einer normalen Arbeit nachgehen würden und nur schwierig aus dem ganzen Kanton nach Chur zu bewegen wären.

Schiers blickt auf die Regierung

In diesen Tagen wird der Entscheid der Bündner Regierung zur **Unterschutzstellung der reformierten Kirche** in Schiers erwartet. Die Erwartungen des Kirchgemeindevorstands und des Bündner Heimatschutzes gehen auseinander.

SCHIERS Die letzten Teilrenovierungen an der reformierten Kirche in Schiers liegen rund 50 Jahre zurück. Nun nagt der Zahn der Zeit an der Bausubstanz, das Gotteshaus bedarf einer grösseren Sanierung. Über das «Wie» wird in der Kirchgemeinde seit Mitte 2016 beraten. Als Knackpunkt erwies sich der Umgang mit der aus dem Jahr 1928 stammenden pneumatischen Orgel. In einem knappen Entscheid von 67:56 Stimmen sprachen sich die Mitglieder der Kirchgemeinde am 6. Juni letzten Jahres für jene Projektvariante aus, die den Abbau der Orgel zwecks einer optimaleren Raumnutzung in der Kirche vorsah (das BT berichtete).

Doch kaum war der Entscheid gefällt, meldete sich der Bündner Heimatschutz (BHS) zu Wort. Der Orgelprospekt sei integraler Bestandteil des innenarchitektonischen Konzepts, für das der St. Moritzer Architekt Nicolaus Hartmann jun. anlässlich der Kirchenrenovierung im Jahr 1928 verantwortlich gezeichnet habe. Bei der reformierten Kirche in Schiers handle es sich zweifellos um ein Baudenkmal von regionalem Rang, weshalb der BHS am 18. Juni 2019 die Bündner Regierung um eine vorsorgliche Unterschutzstellung des Gotteshauses ersuchte. Ein von der Denkmalpflege Graubünden in Auftrag gegebenes Gutachten stützte im Oktober 2019 die Schutzvermutung des BHS.

In einem durch die Instanzen des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartementes geleiteten Vernehmlassungsverfahren wurden derweil auch die reformierte Kirchgemeinde und die politische Gemeinde Schiers zu schriftlichen Stellungnahmen aufgefordert. Am 20. Dezember fand zudem ein Augenschein mit der Regierung und allen Beteiligten statt, wie Ruth Flury, Präsidentin der Kirchgemeinde, erklärt. Die Regierung habe angekündigt, bis Ende Januar den definitiven Entscheid zu fällen, «wir sollten also demnächst Bescheid bekommen». Sollte sich auch die Regierung für eine Unterschutzstellung aussprechen, werde sich der Kirchgemeindevorstand mit den Verantwortlichen des BHS zusammensetzen. «Die Kirche nur unter Schutz zu stellen und dann nichts mehr anrühren zu dürfen, kann nicht das Ziel sein», so die Kirchgemeindepäsidentin. Schliesslich hätten sich die Mitglieder der Reformierten Kirche nach mehreren Informationsveranstaltungen für die umfassendere von zwei zur Auswahl stehenden Sanierungsvarianten entschieden, um dadurch eine flexiblere Raumnutzung wie zum Beispiel für Konzerte zu erreichen. «Ich habe kürzlich vernommen, dass Kirchen nur noch zu zwei Prozent genutzt werden», so Ruth Flury. Der Blick in die Zukunft sei im Rahmen der Kirchensanierung somit unumgänglich. (KE)

Emser Gemeinderat mit Jungbürgerfeier

Hauptgeschäft an der Sitzung des **Emser Gemeinderates** war am Montagabend die Aufarbeitung verschiedener **parlamentarischer Vorstösse**. Anschliessend ging die Jungbürgerfeier über die Bühne.

Der Emser Gemeinderatspräsident Martijn van Kleef (SP) konnte am Montagabend elf Jungbürgerinnen und Jungbürger und besonders zahlreiche Besucher zur ersten Sitzung in diesem Jahr begrüssen. Als Traktanden waren nicht weniger als sieben parlamentarische Vorstösse abzuarbeiten. Von einigem Interesse war das Postulat von Ursin Fetz (CVP) und zwölf Mitunterzeichnenden betreffend der «Optimierung Bahnhof in Bezug auf den Veloverkehr sowie die Zugverbindungen nach Chur und Zürich/St. Gallen». Der Bahnhof Domat/Ems soll bekanntlich umfassend umgebaut und behindertengerecht ausgebaut werden. In einer Volksabstimmung war eine grosse Unterführung für den Auto- und Langsamverkehr abgelehnt worden. Die Postulanten forderten nun neben der neuen Personenunterführung auch eine spezielle Unterführung für den Veloverkehr. Gemeindevorstand Armin Tanner (CVP) erklärte, damit könne man zum jetzigen Zeitpunkt nicht rechnen, die Experten der RhB lehnten eine solche zusätzliche Lösung aus bautechnischen wie aus zeitlichen Gründen ab. Was den An-

schluss an die Schnellzüge in Chur nach Zürich und St. Gallen betreffe, wolle sich der Vorstand dafür einsetzen, dass diese zeitgerecht erreicht werden könnten, erklärte Gemeindepäsident Erich Kohler.

Jährlich 20 000 Franken

Beim Traktandum Verlängerung der Leistungsvereinbarung «Regionale Tourismusorganisation Chur und Umgebung» nannte Gemeindevorstand Silvia Bisculm (SP) die Vortei-

le dieser Plattform, an der auch Ems wie andere Gemeinden von Chur und Umgebung mitmachen. Domat/Ems habe ein besonders reiches kulturelles Angebot an Anlässen und kirchlichem Brauchtum, das auf diesem Weg publik gemacht werden könne. Dem Antrag, den jährliche Beitrag von 20 000 Franken jeweils für vier Jahre festzuschreiben, wurde mit 10:3 Stimmen zugestimmt. Beim Postulat «Förderung der Biodiversität auf dem Ge-

meindegebiet» erläuterte Gemeindevorstand Georg Ragaz (unabhängig) in seinem Zwischenbericht, dass ein externes Öko-Büro beauftragt worden sei, zu diesem wichtigen Thema professionell und umfassend Bericht zu erstatten. Beim Postulat über ein Recyclingsystem für Haushaltskunststoffe äusserte sich Ronny Krätti (SVP) enttäuscht, dass ein solches vonseiten der Gemeinde nicht an die Hand genommen wird.

Auch ein kleines Geschenk

Die Jungbürgerinnen und Jungbürger waren zum Auftakt vom Parlamentspräsidenten und Gemeindepresidentin Yvonne Müller in die Tätigkeit des Rates eingeführt worden. Nach der Sitzung kam es schliesslich zum eigentlichen Höhepunkt des Abends, Gemeindepresident Kohler und Parlamentspräsident van Kleef übergaben den Jungbürgerinnen und Jungbürgern ihren Bürgerbrief sowie ein kleines Erinnerungsgeschenk. Beim anschliessenden Apéro setzte Tamino Weggler – unter dem Künstlernamen Noxx schweizweit bekannt – den musikalischen Schlusspunkt. CLAUDIO WILLI



Die **Jungbürgerinnen und Jungbürger** dürfen den Bürgerbrief sowie ein kleines Erinnerungsgeschenk entgegennehmen. (FOTO CLAUDIO WILLI)

INSERAT

